

Zeichen	271/2011
Status-Modellierung	intern geprüft
Status-Test	keine Änderung
Status Testgenerator	keine Änderung
Umsetzung	I



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

Gemeindeübergreifender Wohnsitzwechsel innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft / Gemeindeverbundes

Problemstellung

Im Nachrichtenaustausch zwischen Meldebehörden und BZSt ist es fachlich notwendig, dass Nachrichten (z.B. 0502, 0510) nur von der zuständigen Gemeinde gesendet werden dürfen. Dazu prüft das BZSt bisher, ob die Meldebehörde, deren AGS im Element „behoerdenkennung“ angegeben ist, für den AGS des Betroffenen zuständig ist. Sofern die Meldebehörde nur für eine Kommune zuständig ist, sind AGS und Behördenkennung gleich. Im Nachrichtenaustausch mit Verwaltungsgemeinschaften hat das BZSt bisher die AGS, die zu einer Verwaltungsgemeinschaft gehören, vorgehalten. Dies ist mit einem erheblichen Pflegeaufwand verbunden. Da dem BZSt nicht immer zeitnah die Informationen zu neuen bzw. sich ändernden Verwaltungsgemeinschaften bekannt werden, kommt es immer wieder zur Zurückweisung von Nachrichten wegen nicht Zuständigkeit.

Lösung

Zunächst erfolgt lediglich eine Klarstellung in den Handlungsanweisungen.

1. Handlungsanweisung für 1.7, 1.7.1 und Release I:

„Entgegen der bisher üblichen Praxis übermitteln Verwaltungsgemeinschaften, Ämter, Samtgemeinden o. ä. dem BZSt künftig bis auf weiteres gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel mit der Nachricht 0504 anstelle der 0502. Hierbei handelt es sich um eine Zwischenlösung für das BZSt, die zu einem späteren Release durch eine konsistente, spezifikationsweit gültige Regelung ersetzt wird.“

Es ist insbesondere zu beachten, dass die zu Spezifikation 1.7.1 in Nachricht 0502 umgesetzte Lösung (CR 2011-240) nicht zum Tragen kommt.“

Mit der Nachricht **datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504** wird der Wohnortwechsel innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft wie ein ‚normaler‘ Umzug, d. h. wie ein Wohnortwechsel mit Änderung der zuständigen Meldebehörde behandelt.

Eine grundsätzliche Überarbeitung erfolgt im Release J, bei der Überarbeitung des Kapitels Rückmeldung.

(s. a. CR 2011-269, Klarstellung Absender AGS)

Antragsdetails

Antragsteller: BZSt / CH

Erfasst am: 24.08.2011

Bezug: Spezifikation 1.7.1 – Kapitel 7.5.3 bzw. 7.5.5

Analyse des Änderungsantrags

Im Nachrichtenaustausch zwischen Meldebehörden und BZSt ist es fachlich notwendig, dass Nachrichten (z.B. 0502, 0510) nur von der zuständigen Gemeinde gesendet werden dürfen. Beim BZSt wird dies sichergestellt, indem der AGS im Element „*behoerdenkennung*“ mit dem zuletzt in der IdNr-Datenbank gespeicherten AGS zum Betroffenen plausibilisiert wird. Im Nachrichtenaustausch mit Verwaltungsgemeinschaften hat das BZSt bisher die AGS, die zu einer Verwaltungsgemeinschaft gehören, vorgehalten. Dies ist mit einem erheblichen Pflegeaufwand verbunden. Da dem BZSt nicht immer zeitnah die Informationen zu neuen bzw. sich ändernden Verwaltungsgemeinschaften bekannt werden, kommt es immer wieder zur Zurückweisung von Nachrichten wegen nicht Zuständigkeit.

Mit der Umsetzung des CR 2010-110 (siehe Punkt 2.2.3.1 und Abschnitt 2.6.1 der Spezifikation) gilt für Verwaltungsgemeinschaften die Regel das Element „*behoerdenkennung*“ immer dem AGS der zuständigen Gemeinde zu befüllen. Damit muss das BZSt im Nachrichtenaustausch grundsätzlich auch nicht mehr die Struktur von Verwaltungsgemeinschaften vorhalten.

Die Struktur von Verwaltungsgemeinschaften muss jedoch weiterhin vorgehalten werden, wenn innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft ein gemeindeübergreifender Wohnsitzwechsel dem BZSt mit Nachricht 0502 mitgeteilt wird (siehe CR 2011-240). Dies entspricht m.E. nicht dem Umsetzungsziel des CR 2010-110.

Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Hier ist einer der beiden folgenden Lösungsvorschläge möglich:

1. Auch Verwaltungsgemeinschaften teilen dem BZSt künftig gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel mit der Nachricht 0504 mit. Dazu wäre die Umsetzung des CR 2011-240 wieder zu entfernen. Weiterhin sollte eine Klarstellung in der Spezifikation erfolgen:
„Bei einem gemeindeübergreifenden Wohnsitzwechsel innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft ist immer die Nachricht 0504 zu verwenden.“
2. Es wird der Lösungsansatz aus dem CR 2010-110 zur Aufnahme des optionalen booleschen Elementes „*gemeindeverbund*“ wieder aufgegriffen. Dieses Element wird dann künftig mit dem Flag „*true*“ in der Nachricht 0502 übermittelt, wenn innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft ein gemeindeübergreifender Wohnsitzwechsel mitgeteilt werden soll. Um „pragmatische“ Einzelfalllösungen außerhalb der vorgeschriebenen XMeld-Prozesse zu verhindern, muss in diesem Fall sichergestellt sein, dass durch das jeweilige EWO-Verfahren die Möglichkeit zur Nutzung dieses Elementes nur tatsächlichen Verwaltungsgemeinschaften zur Verfügung steht.

Bewertung

Jede Vorgabe	Bewertungskriterien								Aufwandsschätzung		
	Richtigkeit	Informationsfülle	Anzahl MB	Anzahl AB	Prozesse	Zeit	sonstiger Aspekt	Modellierung	Test	Hersteller	
Betroffene Dokumente											

0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0	Spezifikation keine Has 1.7, 1.7.1, Release I Verwandte CRs 2011-263, 2011-269
-----------------------	--

Bewertet durch:

Bewertet am:

Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test
HAW	Text (2011-09-14) in die Handlungsanweisungen 1.7, 1.7.1 und HAW Release I übernehmen	2011-09-16	2011-10-11
HAW	Überschrift „Gemeinde übergreifend“ korrigieren.		

Bearbeitet durch: AG Mod

Bearbeitet am: 2011-09-14

Bearbeitungsdauer:

Als Zwischenlösung für das BZSt (gültig bis zur „großen“ Anpassung, wie sie in CR 2011-263 beschrieben ist) werden basierend auf Alternative 1 Handlungsanweisungen definiert.

1. HA für 1.7, 1.7.1 und Release I:

„Entgegen der bisher üblichen Praxis übermitteln Verwaltungsgemeinschaften, Ämter, Samtgemeinden o. ä. dem BZSt künftig bis auf weiteres gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel mit der Nachricht 0504 anstelle der 0502. Hierbei handelt es sich um eine Zwischenlösung für das BZSt, die zu einem späteren Release durch eine konsistente, spezifikationsweit gültige Regelung ersetzt wird.“

Es ist insbesondere zu beachten, dass die zu Spezifikation 1.7.1 in Nachricht 0502 umgesetzte Lösung (CR 2011-240) nicht zum Tragen kommt.“

2. Keine Anpassung der Spezifikation zu Release I:

Es wird keine Spezifikationsanpassung zu Release I vorgenommen, da zu Release J eine spezifikationsweit gültige Überarbeitung geplant ist

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2011-09-16

Bearbeitungsdauer:

Der Text wurde in die Handlungsanweisungen zu XMeld 1.7 und 1.7.1 aufgenommen.

Bearbeitet durch: AG Test

Bearbeitet am: 2011-10-11

Bearbeitungsdauer:

Warum ist die Lösung nur eine Zwischenlösung? Die Mitteilung einer neuen (lokalen) Zuständigkeit innerhalb einer Verwaltungsgemeinschaft ist doch so ok.

Umsetzung in den Handlungsanweisungen geprüft. Die Orthografische Schreibweise von gemeindeübergreifend variiert jedoch und sollte einheitlich gestaltet werden.

Intern geprüft nach Korrektur der Überschrift in der HAW
Keine Änderung / keine Änderung

Bearbeitet durch: KoSIT/JH

Bearbeitet am: 2011-10-14

Überschrift in der Handlungsanweisung wurde geändert.